



Landtags-Infoblatt

9.600 Unterschriften gegen Verschlechterung bei Wohnbeihilfe

Erster Erfolg der KPÖ: Landesrätin Kampus „verbessert“ Wohnunterstützung

9.614 Unterschriften hat die KPÖ für die Rückkehr zur Wohnbeihilfe bereits gesammelt. Sie wurden am 13. Dezember von der Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr und den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg vor Beginn der Landtagssitzung präsentiert. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner forderten in der Petition die Abkehr von der unsozialen „Wohnunterstützung“, die im September die Wohnbeihilfe abgelöst hat.

Die KPÖ führte seit Sommer vor jeder Landtagssitzung eine Protestkundgebung durch,



an einer Demonstration in Graz nahmen im Oktober über 1000 Steierinnen und Steirer teil. Soziallandesrätin Kampus gibt dem steigenden Druck nach und nimmt einige Verschlechterungen zurück. Die Einkommensgrenzen werden wieder angehoben. Dadurch können Personen, die aus der Wohnbeihilfe gefallen sind, nun wieder eine Unterstützung erhalten.

Beibehalten wird die Einrechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen. Das benachteiligt Familien mit Kindern, da sie auf dem Papier über ein wesentlich höheres Einkommen verfügen, als ihnen tatsächlich zur Abdeckung der Wohnkosten zur Verfügung steht. Besonders Alleinerzieherinnen geraten dadurch in Notlagen.

Die Durchführungsverordnung für die Neuregelung erscheint aber erst knapp vor der Grazer Wahl – erst dann wird sich zeigen, ob die Verbesserung tatsächlich hält, was sie verspricht oder ob es nur ein Wahlwerbepag zur Unterstützung der Grazer SPÖ war. Die KPÖ wird jedenfalls weiter Unterschriften sammeln, bis diese Regelung rückgängig gemacht wird.



Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr haben sich für eine Verbesserung der neuen Wohnbeihilfe eingesetzt. Jetzt musste Soziallandesrätin Kampus (SPÖ) nachgeben: Ein Teil der Verschlechterungen wird zurückgenommen.



Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205



Frohe Weihnachten
und ein friedliches Jahr 2017

wünschen die Abgeordneten der KPÖ
Claudia Klimt-Weithaler
Werner Murgg

KPÖ
STEIERMARK

KPÖ fordert Senkung der Polit-Bezüge

Mit 1.1.2017 werden die Bezüge der Politikerinnen und Politiker wieder erhöht. Im Landtag erneuerte die KPÖ deshalb ihre Forderung, die Bezüge in der Landespolitik um ein Drittel zu senken. Die KPÖ, deren Mandatarinnen und Mandatare von ihren Bezügen höchstens 2300 Euro behalten und den Rest zur Unterstützung von Steirerinnen und Steirern in Notlagen verwenden, blieb mit dieser Forderung allein: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne stimmten gegen den Vorschlag.

Für steirische Politikerinnen und Politiker bringt die Erhöhung ab 1.1.2017 folgende Einkommen:

Funktion – Gehalt ab 1.1.2017	brutto monatlich
Landeshauptmann	€ 16.636
Landeshauptmannstellvertreter	€ 15.760
Mitglied der Landesregierung	€ 14.885
Erste Landtagspräsidentin	€ 11.820
Klubobfrau/obmann Landtag	€ 10.945
Abgeordnete zum Landtag	€ 5.691

„Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität der Bevölkerung weit entfernt. Sie können die Folgen ihrer Entscheidungen für diejenigen, die mit einem durchschnittlichen Einkommen das Auslangen finden müssen, oft nicht abschätzen. Deshalb soll es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

„Besonders schamlos ist das Verhalten der FPÖ. Die Abgeordneten der selbst ernannten ‚sozialen Heimatpartei‘ fordern in einer Tageszeitung eine Nulllohnrunde für öffentliche Bedienstete wie das Spitalspersonal. Gleichzeitig stecken sie selbst ihre Gehaltserhöhung ein“, betont Claudia Klimt-Weithaler.



Claudia Klimt-Weithaler



Seiersberg: Freibrief für weiteren Wildwuchs bei Einkaufszentren

Nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs musste das Land Steiermark eine „rechtliche Sanierung“ des größten Einkaufszentrums der Steiermark, des Shopping Center Seiersberg, vornehmen. Deshalb beschloss der Landtag am 15. 11. 2016 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ eine äußerst fragwürdige Änderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes. Teile des Einkaufszentrums sind nun „öffentliche Interessenwege“.



Werner Murgg

„Rechtssicherheit“ für die Interessentenwege schaffen. Doch mit dieser Neuregelung kann alles zum Interessentenweg erklärt werden. „Es bleibt abzuwarten, was der Verfassungsgerichtshof dazu sagt. Die einzige tragbare Lösung wäre die Herstellung des rechtskonformen Zustandes gewesen“, betonte Murgg.

Wenn die fraglichen Wege rückgebaut werden, kann das Einkaufszentrum weiter betrieben werden. Dass dabei Arbeitsplätze in Gefahr wären, bezeichnete Murgg als Ammenmärchen. Tatsächlich vernichten Einkaufszentren tausende Arbeitsplätze

in zahlreichen steirischen Stadtzentren.

LABg. Murgg: „Jedes Einkaufszentrum kann jetzt beliebig expandieren. Der Wildwuchs wird mit dieser Regelung gefördert. Der nächste Ausbau des Einkaufszentrums Seiersberg steht bereits bevor. Das ist genau das

Gegenteil davon, was wir wollen und wozu sich der Landtag bekannt hat. Der Schaden, den Sie anrichten, wird immer größer. Die Rechnung, die Ihnen präsentiert werden wird, wird umso höher ausfallen“, hielt Murgg den Befürwortern des neuen Gesetzes entgegen.

Auf ältere Beschäftigte nicht vergessen!

GLB/KPÖ: Gehaltsabschluss bei Gesundheitsberufen nachschärfen

Für über 10.000 Beschäftigte der steirischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) gilt ab Juli 2017 ein neues Gehaltsschema. Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) beurteilen die Neuerung differenziert: Zwar sei die generelle Anhebung der Gehälter vor allem bei den 25- bis 45-Jährigen ein Schritt in die richtige Richtung, doch bleibt unverständlich, warum ältere Kolleginnen und Kollegen nicht kaum von der Neuerung profitieren. Das sagte der steirische GLB-Landesvorsitzende Kurt Luttenberger.

Die Belastung in den Gesundheitsberufen steigt perma-

nent. Ältere Beschäftigte unterliegen einem hohen Leistungs- und Arbeitsdruck und müssen körperlich und psychisch herausfordernde Tätigkeiten erbringen. Viele halten diesem Druck nicht bis zum Pensionsantrittsalter stand. Deshalb sei es ein Gebot der Stunde, dass KAGes-Betriebsrat und –Management diesen Umstand berücksichtigen, so der AK-Rat Luttenberger.

Kurt Luttenberger: „Es ist immer dasselbe: Ältere Menschen sollen länger arbeiten, aber dabei möglichst wenig Kosten verursachen – soziale Gerechtigkeit ist gefragt.“

Mit scharfen Worten kritisierte KPÖ-LABg. Werner Murgg diese Vorgangsweise. „Jeder Häuslbauer braucht eine Genehmigung für ein zusätzlich eingebautes WC-Fenster. Bei den Einkaufszentren darf jeder Betreiber machen, was er will. Es wird im Nachhinein legalisiert. Was Sie heute beschließen“, so Murgg an die Regierungsparteien, „ist eine reine Anlassgesetzgebung.“

SPÖ-Klubobmann Schwarz argumentierte, man müsse

Tag der Kinderrechte: KPÖ fordert Maßnahmen gegen Kinderarmut

Aus der Rede von KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler zur Präsentation des Landesbudgets für 2017

Am 20. November wurde der Tag der Kinderrechte gefeiert. Aus diesem Anlass erinnerte die steirische KPÖ daran, dass in Österreich jedes sechste Kind in Armut aufwächst. Die Eltern können sich Wohnung, Heizung und Essen nur mit Mühe leisten. Durch die Kürzungen bei der Wohnbeihilfe und der Mindestsicherung werde die Zahl der Kinder, die in Armut leben, noch deutlich vergrößern, warnt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Die Zukunftsperspektiven dieser Kinder sind stark eingeschränkt. Anstatt sie mit Förderprogrammen aus der Armut zu holen und sie bestmöglich unterstützen, sparen Landeshauptmann Schützenhöfer und Landesrätin Kampus auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen. Bei der Mindestsicherung durch eine Deckelung, die nur Familien mit Kindern trifft. Und bei der Wohnunterstützung durch die Einbeziehung der Familienbeihilfe in das Haushaltseinkommen.

- Durch die Einberechnung der Familienbeihilfe bei der Berechnung der Wohnunterstützung verlieren Familien mit Kindern überproportional viel Unterstützung.



Kritik an neuem Kulturfördergesetz

Kritische Worte fand KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler zur Novellierung des steirischen Kulturfördergesetzes. Bei der Neufassung dieses Gesetzes im Jahr 2005 war die Steiermark vorbildlich. 2013 kam es zu Verschlechterungen, 2017 wird weiter eingeschränkt.

Beim Kulturkuratorium gibt es keine klare Trennung zwischen politisch beratender und

fachlich begutachtender Funktion. Diese Trennung wäre aus Sicht der KPÖ sehr wichtig. Vorschläge dazu wurden ignoriert. Zwar wird es künftig möglich sein, Förderansuchen online einzubringen. Ablehnungen müssen wieder nicht schriftlich begründet werden. Im Sinne der Transparenz und der Serviceorientierung wäre dies ein wichtiger Schritt gewesen.

- Die geplante Deckelung der Mindestsicherung wird ausschließlich Familien mit Kindern treffen.
- Der Kinderzuschuss für Familien mit kleinem Einkommen wurde bereits unter dem sozialdemokratischen LH Voves Jahren gestrichen, ebenso die Sozial- und Lernbetreuung für 1500 steirische Kinder.
- 2013 wurde der Rechtsanspruch auf eine Beihilfe zu Kindererholungsaktionen abgeschafft. Jedes vierte steirische Kind fährt nie auf Urlaub.
- Die 2011 eingeführten Kindergartengebühren führen dazu, dass viele Kinder den Kindergarten kürzer besuchen, obwohl sie davon profitieren würden.
- Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wurde unter dem sozialdemokratischen Soziallandesrat Schrittwieser die erfolgreiche Entwicklungsförderung ersatzlos gestrichen. Ganz zu schweigen von der ständigen Erhöhung der Musikschulbeiträge.

Die KPÖ fordert ein Soforthilfepaket für steirische Familien als Maßnahme gegen die steigende Kinderarmut. Am wichtigsten wäre aber die sofortige Rücknahme der Verschlechterung der Wohnbeihilfe, die tausende steirische Familien an den Rand der Existenz bringt, sowie:

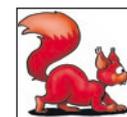
- Rückkehr zur Wohnbeihilfe, die am 1.9.2016 von der „Wohnunterstützung“ abgelöst wurde; keine Einrechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen.
- Eine Wohnbauoffensive zur Schaffung von erschwinglichem Wohnraum auch in den steirischen Ballungszentren
- Keine automatische Gebührenerhöhungen beim Öffentlichen Verkehr und anderen öffentlichen Leistungen
- Sofortige Streichung von Rezeptgebühren und Selbstbehalten für Kinder und Jugendliche
- Abschaffung der Kindergartengebühren

„Heimkinder“: Opferschutz wieder aufnehmen!

Viele Menschen, die als Kinder in Heimen untergebracht waren und dort misshandelt bzw. missbraucht wurden, leiden nach wie vor an den traumatischen Erlebnissen. In der Steiermark setzte die Landesregierung als Konsequenz eine Opferschutzkommission ein. Diese war aber nur von Juli 2011 bis Dezember 2012 tätig und hat danach ihre Tätigkeit eingestellt. Angeblich gibt es keinen Bedarf mehr, behauptet die Landesregierung.

In über 130 Fällen wurde den Opfern geholfen, indem Entschädigung bezahlt oder Therapiekosten übernommen wurden. Opfer, die sich ab Jänner 2013 meldeten, gehen leer aus. Das kritisierte auch die Volksanwaltschaft, die eine Fortsetzung der Tätigkeit der Opferschutzkom-

mission vorschlug. Auch die KPÖ setzte sich im Landtag für eine Fortführung der Arbeit der Opferschutzkommission ein. Ein Antrag darauf wurde am 13. Dezember im Landtag von SPÖ und ÖVP abgelehnt.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gvat // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

„Gesundheitsreform“: mehr Fragen als Antworten

Reduktion des Angebots ist Ergebnis langjähriger Versäumnisse

Im Rahmen einer großen Inszenierung stellte die Landesregierung in der Grazer Stadthalle ihr Konzept für den Umbau des steirischen Gesundheitswesens vor bis zum Jahr 2035 vor. Im Stile einer Werbeveranstaltung wurde verlautbart, was in den letzten Wochen bereits über die Medien kolportiert wurde. Neue Informationen gab es nicht.

Die KPÖ hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es durch die Zusperrpläne zu Versorgungsengpässen kommen kann. In den vergangenen Jahren ist es in der Steiermark bereits zu einer Reduktion von Spitalstandorten und Abteilungen gekommen. Die Wartezeiten sind in vielen medizinischen Bereichen bereits enorm. Das Personal ist längst an der Belastungsgrenze angelangt.

Jetzt sollen von den verblie-

benen 15 Krankenhäusern weitere sechs geschlossen werden. Das ist der Kern der „Gesundheitsreform“ von Landesrat Drexler. Die Lücke in der Versorgung soll über sogenannte Primärversorgungszentren geschlossen werden, über die aber nur sehr wenig bekannt ist. So wird offen gelassen, ob diese Zentren von öffentlichen bzw. gemeinnützigen Organisationen oder von privaten, gewinnorientierten Konzernen betrieben werden. Der Privatisierung eines wesentlichen Bestandteils der medizinischen Versorgung der steirischen Bevölkerung ist damit Tür und Tor geöffnet.

Wenn der Ärztemangel für Probleme verantwortlich gemacht und immer wieder betont wird, wie viele praktische Ärztinnen und Ärzte in den ländlichen Regionen in den nächsten Jahren in Pension gehen, darf man eines nicht vergessen: Diese Zahlen sind seit Jahren bekannt und wa-

ren auch wiederholt Gegenstand von Initiativen (nicht nur der KPÖ) im Landtag. Durch restriktive Zugangsbestimmungen zum Medizinstudium sowie die Abwanderung vieler junger Ärztinnen und Ärzte ins benachbarte Ausland, wo Arbeitsbedingungen und Bezahlung teilweise deutlich besser sind, ist der Engpass teilweise hausgemacht.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Auch wenn bei der Präsentation viel Aufwand getrieben wurde: Die Veranstaltung hat mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Welche Spitäler will die Regierung schließen und wer soll die Versorgungszentren betreiben? Wie wird garantiert, dass dafür genügend Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stehen und gibt es eine Garantie für eine ausreichende medizinische Versorgung auch in den Regionen? Aus heutiger Sicht gehen die Pläne an den Problemen im steirischen

Gesundheitswesen vorbei. Es gibt in vielen Bereichen viel zu wenig Betten, lange Wartezeiten für Patientinnen und Patienten ohne Zusatzversicherung, überlastetes Personal und keine gleichwertigen Alternativen.“

Zu befürchten ist, dass der Bevölkerung – ähnlich wie bei den Schulschließungen – aus budgetären Nöten zustande gekommene Kürzungen als große Reformen verkauft werden sollen. Die KPÖ stellt sich nicht gegen sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen. Das Ziel darf aber nicht das Stopfen von Budgetlöchern auf Kosten von Personal und PatientInnen sein. Eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Steirerinnen und Steirer, unabhängig von ihrem Wohnort und ihrem Einkommen, ist auch Sicht der KPÖ der oberste gesundheitspolitische Auftrag des Landes.

Armut macht krank

Wer bei der Gesundheitsreform nicht gefragt wurde: Die Betroffenen, die Menschen, die ein gut funktionierendes, kostenloses Gesundheitssystem brauchen, die Hausärzte, die das Rückgrat des derzeitigen Systems bilden, die Krankenkassen.

Der steirische Ärztekammerpräsident Herwig Lindner: „Wir warnen vor der Verschlechterung, die gefährlich für die Patienten ist. Deshalb will man uns eigenständige und freie Ärzte eliminieren. Die Gesundheitspolitik wird von Finanzern, Technikern etc. gemacht, aber nicht von Ärzten, die das System kennen.“ Und sein Kärntner Amtskollege Josef Huber: „Die Politik spielt nicht mit offenen Karten. Für 75 geplante Primär-Versorgungszentren werden 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aber das Geld wird aus dem bestehenden System genommen, wodurch es dort fehlt. Mit anderen Worten: Diese Zentren fressen die Kassenstellen. Die Versorgung wird schlechter.“

Letztendlich geht es um die Unterwerfung des Gesundheitswesens unter die Regeln des Kapitalmarktes. Private Anbieter stehen vor der Tür. In der Schweiz hat der Handelskonzern Migros Kassenstellen aufgekauft. Auch bei uns gibt es Pläne von privaten Anbietern, wenn Versorgungszentren kommen. Es trifft die sozial Schwächeren. Man wird eine Basisversorgung auf einem hinunternivellierten Niveau schaffen. Jeder, der es sich leisten kann, wird für Wahlärzte zahlen. Aber was ist mit jenen Menschen, die sich den Wahlarzt nicht leisten können?

Zunehmend unter Druck geraten die Krankenkassen. Sie verwalten das Krankenkassengeld, das von den arbeitenden Menschen eingezahlt wird: Auch wenn wir mit der Krankenkasse nicht immer zufrieden sind – es gibt hier zumindest demokratische Selbstverwaltungsstrukturen. So möchte der neoliberale Zeitgeist die Krankenkassen lieber heute als morgen abschaffen – riesige Summen würde in den privaten Kapitalmarkt fluten.

Aus diesem Grund unterstützen wir Patienten den Protest der Ärztekammer gegen eine „Reform“, die wieder einmal nur Kürzungen und Verschlechterungen mit sich bringt.

Wir sind für ein Gesundheitswesen, das den Menschen und nicht das Kapital in den Mittelpunkt stellt.

Helfen statt Reden

HALTUNG
zeigen,
HOFFNUNG
geben.



Liste 5

Elke Kahr. KPÖ

